

In eigener Sache

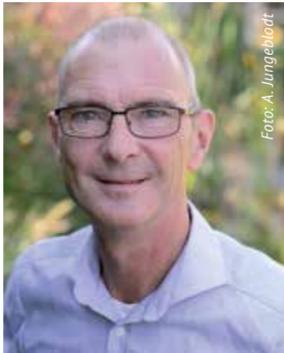


Foto: A. Jungelblodt

Thomas Roth

40 Jahre Grüne in Pulheim!

Sie halten hier nun schon die 25. Ausgabe unserer „Grünzeug“ in Händen. Eine Zeitschrift, die seit 2010 über die politische Arbeit der Pulheimer Grünen informiert.

Die Zeitschrift hat eine Auflage von 20.000 Exemplaren und wird zweimal jährlich in allen Pulheimer Haushalten kostenlos verteilt.

Das Erstellen der Zeitschrift ist immer wieder mit einem erheblichen Aufwand verbunden und ich möchte mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die immer wieder an der Erstellung beteiligt sind und zum Gelingen der „Grünzeug“ beitragen.

Und ein weiteres Jubiläum ist zu feiern. Am 12.08.2023 feierten die Pulheimer Grünen ihr 40-jähriges Bestehen. Sie gründeten sich am 06.01.1983 im Lokal „Zur Alten Abtei“ in Brauweiler. Dieses runde Jubiläum haben wir am 12.08.2023 im Pulheimer Theater im Walzwerk gefeiert.

Ein ganz besonderer Gast des Abends war Paul-Georg Fritz, der die Grünen damals mitgründete. Er berichtete von den Schwierigkeiten, mit denen die Grünen nach ihrem ersten Einzug in den Rat zu kämpfen hatten.

Energie

Gasverschwendung gestoppt!

Im Januar haben wir über die Verschwendung von knapp 250.000 kWh Gas am Pulheimer Schulzentrum rund um das Geschwister-Scholl-Gymnasium (GSG) berichtet. Der Klimarat des GSG hat den Missstand aufgedeckt und sich an die Stadt gewendet. Um Energie zu sparen wurden einfache Maßnahmen zur Entkopplung der Warmwasserbereitung vorgelegt, diese wurden von CDU, FDP und WfP abgelehnt.

Am 31. Mai wurde die Heizung dann endlich abgeschaltet. Wir freuen uns über das Engagement und gratulieren dem Klimarat des GSG und der LA21 zu diesem Erfolg. Hieran



C. Silvanimation

Ganz in seinem Element – der König von Pulheim

Pulheim

Machtkonzentration in Pulheim

Am 22. August 2023 gab es eine denkwürdige Sondersitzung des Pulheimer Stadtrats. Es wurden weitreichende Veränderungen an der Verwaltungsspitze und strukturelle Veränderungen im Verwaltungsapparat beschlossen. Damit betonieren konservative Kräfte und insbesondere der Bürgermeister ihre Machtstrukturen innerhalb der Verwaltung.

CDU, FDP und WfP billigten weitreichende Vorschläge des Bürgermeisters.

- Es wird künftig nur noch eine Beigeordnetenstelle geben.
- Auf weitere Dezernentenstellen hat der Rat künftig nur noch sehr eingeschränkten Einfluss.
- Künftige Dezernent*innen müssen sich nicht mehr einer Wiederwahl stellen.
- Der letzte noch amtierende Beigeordnete wurde ohne öffentliche Ausschreibung wiedergewählt.

Damit zementiert der Bürgermeister seine ohnehin schon starke Stellung und inthronisiert für viele Jahre eine fast ausschließlich konservative Verwaltungsführung. Denn die Dezernent*innen müssen sich Zeit ihres Berufslebens – anders als Beigeordnete – nicht mehr einer Wiederwahl stellen. Dem Rat werden so ganz wichtige Einflussmöglichkeiten entzogen.

Konserviert wird das Ganze noch durch die Tatsache, dass Dezernent*innen dem Weisungsrecht des Bürgermeisters unterstehen. Für den einzigen, noch vorhandenen Beigeordneten gilt das in dem Maß nicht.

Noch fehlt an der Verwaltungsspitze eine Person, es handelt sich um die Nachfolge des zum 31. August ausgeschiedenen Beigeordneten Martin Höschen. Doch auch seine Stelle soll nicht mehr öffentlich ausgeschrieben werden und sein Nachfolger oder seine Nachfolgerin vom Rat gewählt werden. Nein: Hier haben Bürgermeister und Konservative beschlossen, dass die Stellennachfolge kurzfristig verwaltungsintern ausgeschrieben werden soll.

Das heißt? Die Stelle wird nicht nur nicht öffentlich ausgeschrieben, sondern es scheint, dass Herr Bürgermeister auch hier schon seinen Blick auf eine bestimmte Person gerichtet hat, die sich späteren Wahlen oder Wiederwahlen nicht stellen muss. Die Kritik entzündet sich nicht einmal in erster Linie an den berufenen Personen. Es geht vielmehr um die Errichtung einer Struktur, die Pulheim für viele Jahre vor Veränderung bewahrt. Das langjährige „Weiter so“ wird für Jahrzehnte festgezurrert. Veränderungen an der Struktur werden nur unter erheblichem personellen und finanziellen Aufwand möglich sein.

Dabei braucht Pulheim die Entwicklung und Umsetzung von Visionen so sehr. Stichworte wie Klimawandel, Mobilitätskonzept, Schul- und KiTa-Entwicklung sprechen eine deutliche Sprache. Auf diesen Gebieten haben sich weder der Bürgermeister noch die konservative Mehrheit in der Vergangenheit hervorgetan. Nur häppchenweise werden gesetzliche Vorgaben umgesetzt und dem Rat werden immer wieder Informationen vorenthalten.

Energie

Mobilität



Foto: Clipdealer

Alle Zähler standen still.

zeigt sich, dass mit politischer Unterstützung der ökologisch-sozial orientierten Fraktionen trotz einer bürgerlich-konservativen Mehrheit im Rat verantwortungsvolle Beschlüsse herbeigeführt werden können.

Pulheim bekommt 29 Euro Ticket.

Deutschland bekam das 49 Euro Ticket, Pulheimer Schüler*innen bekommen das 29 Euro Ticket.

Voraussichtlich ab Dezember 2023 können Pulheimer Schüler*innen deutschlandweit Busse und Bahnen des Nahverkehrs für 29 Euro im Monat nutzen. Eine sehr erfreuliche Entwicklung für junge Menschen in Pulheim.

Ursprünglich sollte das vergünstigte Ticket schon zum Schuljahresbeginn kommen, doch waren noch Abstimmungsgespräche mit dem zuständigen Verkehrsunternehmen erforderlich. Die bisherigen Regelungen für die Fahrt-



Foto: A. Jungelblodt

Voll auf Linie mit dem Schülerticket

kostenübernahme für berechnete Familien bleiben davon unberührt, inklusive des Eigenanteils der Eltern. Das bisherige Ticket wird lediglich ausgetauscht. „Freie Fahrt für freie Schüler:innen“.

Aus dem Inhalt

- In eigener Sache:** 40 Jahre Grüne in Pulheim! → S. 1
- Pulheim:** Machtkonzentration in Pulheim → S. 1
- Energie:** Gasverschwendung gestoppt! → S. 1
- Mobilität:** 29 € Ticket kommt. → S. 2
- Sicherheit:** Ein Trauerspiel – der Brandschutzbedarfsplan → S. 2
- Interview:** Peter Herzogenrath zur Landstraße L93n → S. 2
- Planungen in Pulheim:** Ist Pulheim zukunftsfähig? → S. 2
- Stadtentwicklung:** Fußgängerzone für Pulheim? → S. 3
- Klimaschutz:** Das Gebäudeenergiegesetz ist da! → S. 3
- Aus dem Landtag:** Anja von Marenholtz berichtet. → S. 3
- GRÜNE JUGEND:** Mehr Outdoor-Sportmöglichkeiten → S. 4
- Klimaschutz:** Grundschule Kopfbuche erhält große Solaranlage. → S. 4

Termine

Lust auf Grün?

Dann lernen Sie uns doch kennen. Jeden 1. Montag im Monat veranstalten wir im Rathaus unseren Grünen Montag

Am Rande einer Fraktions-sitzung laden wir uns gern Fachleute ein, die fachlich versiert über die aktuellen Themen informieren.

Seien Sie dabei!

Zum Beispiel am 06.11.2023, 19:00 Uhr.

Bitte melden Sie sich an: info@gruene-pulheim.de

Sicherheit



Dass nur ja nichts anbrennt ...

Ein Traverspiel – der Brandschutzbedarfsplan

Entgegen der gesetzlichen Auflage des Brandschutz-Hilfeleistung- und Katastrophenschutzgesetzes NRW befindet sich der Pulheimer Brandschutzbedarfsplan auf dem Stand von 2009. Das Gesetz fordert seit 2016, ihn zum Schutz der Bevölkerung und zur Einsatzfähigkeit der Feuerwehren alle fünf Jahre zu aktualisieren. Die Frist wurde dann bis zum 31.12.2020 verlängert. Da war er bereits 11 Jahre alt.

Aktualisiert wurde er bisher nicht. Es gibt keinen von der Stadt absegneten und den Gremien vorgestellten Brandschutzbedarfsplan. Auf wiederholtes Nachfragen grüner Ratsmitglieder hieß es, es gebe keinen Grund zur Beunruhigung. Mit dem Kreis als Aufsichtsbehörde sei alles abgestimmt. Woran liegt es, dass das doch beauftragte Gutachten noch nicht von der Stadt aktiv geschaltet wird?

2021 gab es einen Zwischenbericht. Seitdem gibt es, außer vielleicht für speziell Eingeweihte, keinen neuen Stand. Auch im Feuerwehrbeirat, an dem Ratsvertreter aller Fraktionen teilnehmen, wurde dieses Thema vertagt. Was wissen die betroffenen Feuerwehrleute und deren Entscheider? Was ist das Problem für sie – sie sind ja „hautnah“ betroffen? Auf Nachfrage hieß es, es gäbe ein Problem mit den Hilfsfristen. Das ist die Zeit, in welcher die Feuerwehr an der Einsatzstelle eintrifft und tätig wird.

Da die Stadt in den vergangenen zwei Jahren keine förderfähige Planung dem Land NRW vorlegen konnte, gingen so unter anderem auch Fördergelder für die Sanierung von Feuerwehrgerätehäusern „flöten“; Geld das anderweitig für Kitas, Schulsanierungen oder Sporteinrichtungen da gewesen wäre.

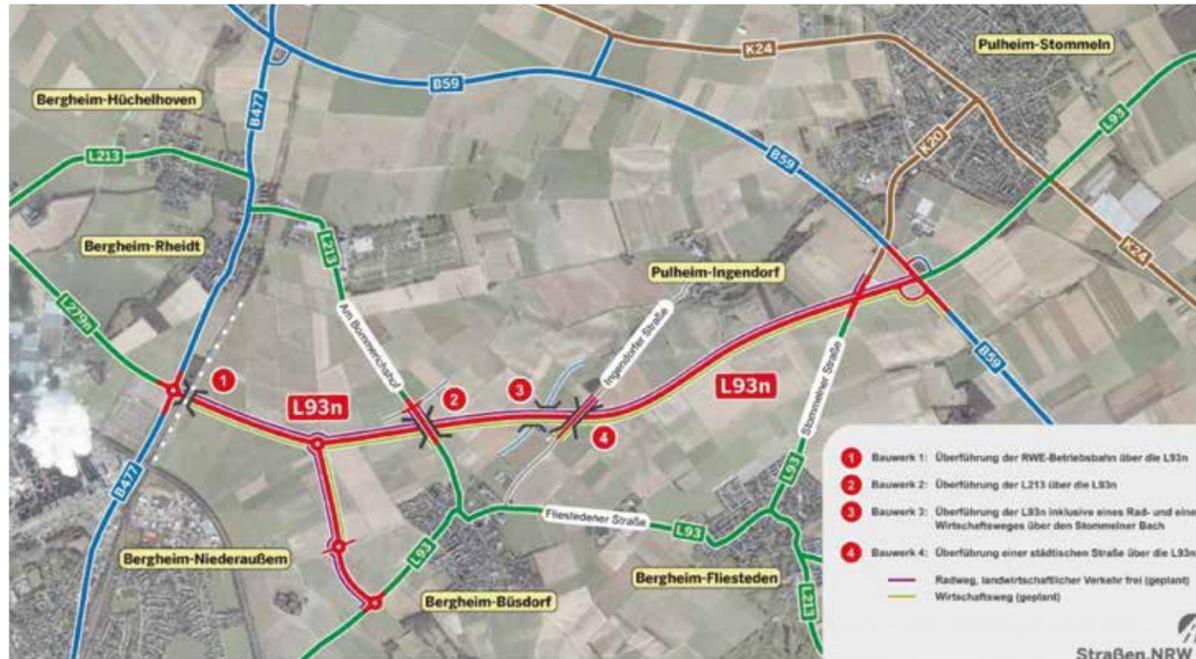
Weiteres Thema ist die unendliche Geschichte der Suche nach neuen Standorten der Feuerwehr in Stommeln und Brauweiler. Für Brauweiler haben inzwischen sieben Bürgeranträge und zwei offene Briefe die Stadt erreicht. Sie fordern, den Park neben dem jetzigen Standort der Feuerwehr nicht zu bebauen und die alten Bäume nicht zu fällen.

Aber es geht nicht nur um Standortklarheit, sondern es geht um viel Geld, so ließ jüngst die Verwaltung verlauten. Millionen-Beträge sollen es sein. Was das Problem ist, wissen vielleicht auch hier wieder nur speziell Eingeweihte. Ende Oktober könnte gegebenenfalls eine Vorlage in den Haupt- und Finanzausschuss kommen. Ist das dann mit Ende der Brutzeit das „Go“ für Baumfällern?

Wenn das Gutachten kommt, darf es kein Hauruck-Durchwinken durch die Mehrheitskoalition geben. Es sollten auch die Stimmen der Bürger:innen gehört werden.

Ein Wort an die Feuerwehr: Natürlich geht es nicht gegen die Feuerwehr, sondern nur mit ihr. Aber es geht uns alle an.

Interview



Die geplante Streckenführung der neuen Landstraße L93n

Die Landwirte sind gegen eine neue Umgehungsstraße.

Peter Herzogenrath ist der Kreisgeschäftsführer des Rheinischen Landwirtschafts-Verbands e.V. (RLV), kommt aus Stommeln und lebt in Pulheim. Der RLV ist seit über 75 Jahren die einheitliche Berufsvertretung für die Bauern mit ihren Familien im Rheinland. Wir haben ihn u.a. zu den Planungen einer neuen Umgehungsstraße zwischen Ingendorf, Fliesteden und Büsdorf (L93n) befragt.

Grünzeug (GZ): Die neue Umgehungsstraße soll von der B59 zwischen Ingendorf, Fliesteden und Büsdorf bis hin zur B477 führen. Was halten die Landwirte davon?

Peter Herzogenrath (PH): Die Landwirte halten von diesem Straßenbauvorhaben sehr wenig bis gar nichts. Dies liegt vor allem an den massiven Flächenverlusten, die damit einhergehen werden. Nach den Angaben des Landesbetriebs Straßenbau NRW sollen der Landwirtschaft insgesamt gut 61 ha dauerhaft entzogen werden.

GZ: Und warum ist diese Fläche für die Landwirtschaft so wichtig?

PH: Zunächst ist Fläche für die landwirtschaftlichen Betriebe das Produktionsmittel Nr. 1. Das Gebiet, das von den Flächenverlusten betroffen wäre, zeichnet sich durch hohe Bodenqualitäten aus. Insgesamt sind die Ansprüche an die landwirtschaftliche Fläche in unserer Region sehr hoch, vor allem durch die Planung neuer Wohn- und Gewerbegebiete, aber auch wegen des Strukturwandels im Rheinischen Revier und der Flächeninanspruchnahmen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen. Und auch die Ansprüche des Natur- und Artenschutzes steigen ständig.

GZ: À propos Strukturwandel: Diese Umgehung soll den ja voranbringen. Ist das für Sie nachvollziehbar?

PH: Losgelöst von der landwirtschaftlichen Sichtweise gibt es sicherlich sachliche Argumente, die für den Bau dieser Straße sprechen. Aber durch die L93n sollen wohl hauptsächlich für die Zukunft geplante Gewerbegebiete auf Bergheimer Gebiet angeschlossen werden. Ich sehe die Straße vor allem als Lkw-Highway, als maut- und ortsdurchfahrtsfreie Verbindung zwischen der A57 und der A 1 einerseits und der

A61 andererseits. Ich schätze, dass ein beträchtlicher Teil des für 2030 prognostizierten Verkehrs ohne die neue Straße hier gar nicht stattfände. Man muss sich in Zeiten des Klimawandels ernsthaft fragen, ob eine solche Planung noch in die Zeit passt.

GZ: Wie organisieren sich die Landwirte? Und wie agiert der Rheinische Landwirtschafts-Verband?

PH: Eine Gruppe – vor allem in Fliesteden und Büsdorf ansässiger – landwirtschaftlicher Betriebe hat sich zu einer Art Aktionsgemeinschaft zusammgefunden, die bereits durch Plakate auf ihren Protest aufmerksam gemacht hat. Wir bei den Kreisbauernschaften haben gegen das Vorhaben Stellung bezogen. Die Unterstützung durch den RLV kann in letzter Konsequenz bis zu einer gerichtlichen Vertretung gehen.

GZ: Worauf zielen die Aktionen genau?

PH: Seitens der Kreisbauernschaft geht es um Unterstützung unserer Mitglieder in jeglicher Hinsicht, vor allem aber sicherlich im Bereich der Rechtsberatung und der rechtlichen Vertretung. Primäres Ziel ist es, den Bau der Straße zu verhindern. Falls dies nicht gelingt, ist Plan B, darauf hinzuwirken, dass die Folgen des Vorhabens für die Landwirtschaft im fraglichen Bereich insgesamt, insbesondere aber für die einzelnen Betriebe, so weit wie möglich abgemildert werden. Hier geht es vor allem um eine Einschränkung des Flächenverbrauchs. Es gilt beim Artenschutz und beim ökologischen Ausgleich alternative Lösungen zu finden, Stichwort produktionsintegrierte Maßnahmen.

GZ: Sehen Sie noch eine realistische Chance, dass die landwirtschaftlichen Flächen erhalten bleiben?

PH: Da das Vorhaben in die Stufe 1 des Landesstraßenbedarfsplans aufgenommen wurde und damit Gesetzescharakter hat, sehe ich es zumindest derzeit als nicht realistisch an, die L93n verhindern zu können. Andererseits waren wir im Zeitraum 2009 bis 2011 schon einmal im Verfahren noch weiter fortgeschritten und dann hat die damalige Landesregierung die L93n wieder aus der Stufe 1 herausgenommen. Warten wir's mal ab.



Peter Herzogenrath, Kreisgeschäftsführer des RLV (Foto: P. Herzogenrath)

Planungen in Pulheim

Ist Pulheim für die Zukunft richtig aufgestellt?

Bei vielen Projekten in Pulheim kommt es immer wieder zu Verzögerungen. Die Konsequenzen sind Interimsbauten und Provisorien. Hinzu kommt, dass es extrem lange vom politischen Beschluss bis zur Übergabe an die Nutzerinnen und Nutzer dauert. Für uns Grüne war es daher wichtig, erst einmal den Status Quo zu kennen, um dann nach möglichen Verbesserungen zu suchen. Klar ist, wir müssen schneller werden. Das zeigt das Beispiel der Erstellung des Masterplans Schulen:

Beschlüsse	Ziele	Grüne Position	Aktueller Planungsstand	Bewertung
BKSF 13.04.2021 Vorstellung und Beschluss der Leitlinien zur Masterplanung.	Notwendigkeit des Ausbaus/ der Erweiterung von Schulen.	Positiv: Externe Auftragsvergabe für Schul-Masterplanung.	Ergebnisse in der November-sitzung des LHA.	Bewertung erst möglich nach Ergebnisvorstellung.
LHA 16.11.2023 Vorstellung der Ergebnisse der Masterplanung.	Ausgleich von Flächendefiziten und Instandsetzung der jeweiligen Schule.	Flexibilität bei geänderten Rahmenbedingungen.	Absehbare Veränderungen bei den Projekten Grundschule Buschweg und Grundschule Christinaschule.	Ggf. notwendige Alternativen suchen, z.B. zur 4-Zügigkeit der Grundschule Buschweg.

Stadtentwicklung



Foto: A. Jungeblodt

Wohin führt das Stadtentwicklungskonzept?

Bringt das ISEK Pulheim die Fußgängerzone?

Die Stadtentwicklung im Ortskern von Pulheim ist ein schwieriges „Pflaster“. Viele Interessen müssen hier Berücksichtigung finden. Die Forderungen des Einzelhandels, die Wünsche nach einer hohen Aufenthaltsqualität, die Ziele des geänderten Mobilitätsverhaltens, aber auch die Auswirkungen des Klimawandels.

Doch der Druck, nun endlich ein Konzept mit abgestimmten Zielen zu haben, kommt auch noch aus einer anderen Richtung. Ein integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) ist elementare Voraussetzung für viele Förderprogramme. Nur bei der Vorlage eines beschlossenen Konzepts werden viele Fördermittel an die Städte vergeben.

Umso schmerzlicher ist es, dass die Erarbeitung des Konzepts sich nun schon seit Jahren hinzieht und hier Zuschüsse nicht beantragt werden konnten. Der Ursprung des ISEK Pulheim lag sogar schon in einem Antrag aus dem Jahre 2015. Ziel war hier eine Masterplanung 2030. Wurde 2017 die Aufgaben- und Leistungsbeschreibung für ein ISEK Pulheim erstellt, so dauerte es weitere drei Jahre, bis im März 2020 die Auftaktveranstaltung stattfand.

Während in den Jahren 2020 bis Sommer 2022 zahlreiche Workshops und Beteiligungen trotz Corona stattfanden, konnte man danach keinerlei Fortschritt mehr erkennen. Noch in einer Mitteilungsvorlage im September 2022 hieß es, dass es zum Jahresende eine Projektmesse geben wird und der Beschluss zum ISEK für das erste Quartal 2023 erwartet wird. Die fehlende Nachbesetzung der Stelle des Planungsamtsleiters scheint hier direkte Auswirkungen zu zeigen.

Inhaltlich waren in den bisherigen Konzeptentwürfen durchaus gute Ideen erkennbar. Besonders interessant waren die Entwicklungsansätze für die Venloer Straße, die im Stadtspaziergang am 17.08.2022 vorgestellt wurden. Während in der Phase 1 noch die meisten Seitenraum-Parkplätze erhalten blieben, wurde in Phase 2 ein einseitiger Umbau der westlichen Seite mit breiten Fußwegen und Beeten sowie Sitzpunkten und Radabstellanlagen geplant. In Phase drei war dann ein niveaugleicher Umbau des Abschnitts von Farehamstraße bis Orrer-Straße vorgesehen.

Nach aktueller Information der Verwaltung sollen die nun konkret erarbeiteten Maßnahmenvorschläge zu den einzelnen Themenfeldern voraussichtlich in der Planungsausschusssitzung am 29.11.2023 vorgestellt werden. Der finale Beschluss des ISEK wird für das Frühjahr 2024 geplant. Ein möglicher Förderzeitraum wäre dann von 2025 bis 2035.

Weitere Informationen zum Thema ISEK Pulheim finden Sie hier:



Was ist ein ISEK?

Ein ISEK ist ein gebietsbezogenes Planungs- und Steuerungselement für lokal angepasste Lösungsansätze. Mit diesem Instrument nehmen Städte eine aktive und steuernde Rolle ein. Der in der Städtebauförderung eingeführte Begriff des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (ISEK) ist synonym mit Begriffen wie integriertes Handlungskonzept oder integriertes Entwicklungskonzept.

(Quelle: Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte in der Städtebauförderung. Eine Arbeitshilfe für Kommunen)

Klimaschutz

Das Gebäudeenergiegesetz wurde beschlossen. Und jetzt?

Der Deutsche Bundestag hat das GEG, auch Heizungsgesetz genannt, verabschiedet. Es soll am 01.01.2024 in Kraft treten: ein Meilenstein für den Klimaschutz.

Das Wichtigste in Kürze:

- Für die meisten Menschen wird sich mit Inkrafttreten des Gesetzes nichts ändern. Wer eine funktionierende Heizung hat, muss erstmal nichts weiter tun. Gas- und Ölheizungen können so lange betrieben und repariert werden, bis sie irreparabel defekt sind. Es gibt KEINE sofortige Austauschpflicht.
- Neu installierte Heizungen in Neubauten sollen ab 01.01.2024 mit mindestens 65 % erneuerbaren Energien betrieben werden.
- Für Bestandsbauten soll erst eine Kommunale Wärmeplanung erarbeitet werden, die spätestens 2028 abgeschlossen sein muss. Bis dahin ist es zwar noch möglich fossile Heizungen einzubauen, aber fossile Energieträger werden absehbar spürbar teurer.
- Die staatliche Förderung beträgt 30 Prozent bis max. 70 Prozent.
- Ab 01.01.2024 soll eine verbindliche Beratung durch Expert*innen kurzfristigen Fehlinvestitionen möglichst vorbeugen, um Menschen nicht in die Kostenfalle laufen zu lassen.

Übrigens

In vielen Fällen ist eine Sanierung für den Einbau einer Wärmepumpe nicht erforderlich. Allerdings ist ein schlecht gedämmtes Haus immer teurer zu heizen, auch mit Öl- und Gas.

Mehr Infos zum: Heizungsgesetz und Modernisierungsscheck



Deutschland ist mit diesem Gesetz nicht allein:

In Schweden nutzen nur noch 20 Prozent der Grundstücksbesitzer fossile Energien, bis 2030 soll der komplette Heizungssektor auf erneuerbare Energien umgestellt sein.

In Dänemark gilt seit 2013 ein Einbauverbot für Öl- und Erdgasheizungen in Neubauten.

In Frankreich dürfen seit Juli 2023 keine öl- oder kohlebetriebenen Heizkessel mehr verbaut werden.

Österreich und die Niederlande planen ähnliche Gesetzesvorhaben.



Neue Wärmepumpe vor altem Reihenhaus

Aus dem Landtag

Anja von Marenholtz berichtet.

Wie in der letzten Grünzeug-Ausgabe bereits angekündigt, möchte ich Sie über das, was in Düsseldorf beschlossen wird, auch in dieser Ausgabe auf dem Laufenden halten.

Wind & Solar

Die pauschale 1000-Meter-Abstandsregel für Windkraftanlagen war ein Problem für die Energiewende in unserem dicht besiedelten Bundesland. Der Landtag in NRW hat nun eine Gesetzesänderung beschlossen, welche mehr Flächen für den Ausbau der Windkraft ermöglicht. Um die Akzeptanz vor Ort zu erhöhen, wird die verpflichtende Beteiligung der Anlagenbetreiber der Menschen vor Ort mit eingeführt – auch beim Gewinn. Der Ausbau von Photovoltaikanlagen wird im Baurecht deutlich vereinfacht. Abstandsflächen an Gebäuden fallen weg, die Errichtung von speziellen Anlagen auf Agrarflächen, an Autobahnen und Bahnstrecken wird ermöglicht und eine erweiterte Solarpflicht für Neubauten bzw. Sanierungsdächer tritt in den nächsten zwei Jahren stufenweise in Kraft. Damit soll auch das Mieterstrommodell attraktiver werden.

Kies & Sand

Auch wenn es bei uns hier rund um Pulheim anders erscheint, aber Kies und Sand sind ein endlicher Rohstoff. Jahrzehnte wurde der Abbau in großem Maße betrieben. Um dies einzubremsen, haben wir eine Abgabe auf diese wertvollen Rohstoffe beschlossen. In diesem Zusammenhang wurde die Verschotterung von Gärten als unzulässig in die Landesbauordnung aufgenommen und die Begrünungspflicht von Gärten gestärkt. Neben den Vorteilen für die Artenvielfalt ist das ein großer Beitrag für den Wärmeschutz in unseren Städten.

Umweltschutz & Natur

NRW wird neben dem Nationalpark Eifel einen weiteren Nationalpark einrichten, darauf können sich Regionen zur Zeit bewerben. Projekte zur Renaturierung von Mooren, Wiesen und Kleingewässern bekommen weitere finanzielle Mittel und die Biodiversitätsstrategie wird fortgeschrieben. Um Umweldelikten schneller Einhalt zu gebieten, richten wir eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Umweltkriminalität ein.

Altschulden der Kommunen

Viele NRW Kommunen sind aufgrund von Altschulden nicht mehr handlungsfähig. Investitionen, aber auch Schwimmbäder und Kultureinrichtungen, leiden darunter immens. NRW



Foto: A. Jungeblodt

Anja von Marenholtz – unsere grüne Landtagsabgeordnete

geht nun den ersten Schritt, diesen Kommunen wieder Luft zu verschaffen. Wir beraten aktuell mit dem Bund, wie wir hier noch schneller voran kommen.

Radverkehr

Beschlossene Sache ist es auch, den Radverkehr zu stärken. Das bedeutet nicht nur den Bau und Erhalt der Radwege an Bundes- und Landstraßen, sondern auch die Planung und Umsetzung eines landesweiten Radvorrangnetzes.

Ich könnte über viele weitere Dinge berichten, aber dies gerne in einer der nächsten Ausgaben unseres Grünzeugs.

Mit besten Grüßen aus Düsseldorf

Anja v. Marenholtz

Impressum

Herausgeber: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Stadtverband Pulheim, c/o Roßackerweg 27, 50259 Pulheim. **Redaktion:** Thomas Roth, Klaus Groth, Anja von Marenholtz, Anselm Jungeblodt. **Gestaltung:** Th. Graf-Luxen, Köln, info@graf-luxen.de. **Druck:** Caritas Wertarbeit, Heinrich-Rohmann-Str. 13, 50829 Köln. **Auflage:** 20.000 Exempl., Namentl. gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. **Spendenkonto:** BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreissparkasse, IBAN: DE62 3705 0299 0157 2965 34, BIC: COKSDE33XXX

GRÜNE JUGEND



Foto: Ch. Kling

Das Outdoorangebot in Pulheim lässt noch zu wünschen übrig.

Mehr Outdoor-Sportmöglichkeiten für Jugendliche

Die Jugendlichen in Pulheim brauchen dringend mehr Sportflächen und Aufenthaltsorte im Freien. Gerade Jugendliche leiden am meisten unter dem Mangel an Sportflächen in Pulheim.

Die Stadt ist bisher nicht ausreichend auf die Bedürfnisse der Jugendlichen eingegangen. Jugendliche brauchen Orte, an denen sie sich treffen, Sport treiben und entspannen können. Die vorhandenen Parks in Pulheim entsprechen nicht den Bedürfnissen junger Menschen. Es fehlen Basketballkörbe, Outdoor-Fitnessgeräte, aber auch Hundespielwiesen. Es fehlt im Großen und Ganzen an Aufenthaltsmöglichkeiten.

In den Monaten März und April führte die Stadtverwaltung ein Bürgerbeteiligungsverfahren zur „Optimierung der frei zugänglichen Outdoor-Sportangebote“ durch. Das große Interesse an dem Bürgerbeteiligungsverfahren zeigt, dass die Pulheimer Bevölkerung Veränderungen wünscht und bereit ist, sich aktiv einzubringen.

Die Pulheimer Jugend braucht dringend mehr Freizeitangebote! Es ist an der Zeit, dass die Stadtverwaltung konkrete Schritte unternimmt, um mehr Outdoor-Sportflächen und -Sportgeräte für Jugendliche zu schaffen. Dies fördert nicht nur die Lebensqualität der Jugendlichen, sondern auch ein aktiveres und gesünderes Stadtbild.

Klimaschutz



Foto: A. Jungelblaut

Ganz schön viel Dach für ganz schön viel Solarenergie

Grundschule Kopfbuche erhält große Solaranlage.

Der Liegenschaftsausschuss hatte im Frühjahr beschlossen, auf dem Dach der Grundschule am Buschweg eine Photovoltaikanlage mit einer Größe von knapp 30 kWp zu installieren. In der Ratssitzung am 12. September 2023 hat der Rat der Stadt Pulheim nun auch die notwendigen Beschlüsse zur Bereitstellung der Gelder dafür getroffen.

Die Anlage soll 70.000 Euro kosten. Das Geld war ursprünglich für die Statikuntersuchungen von kommunalen Gebäuden zwecks Nutzung von Photovoltaikanlagen vorgesehen. Die jahrelange Verschiebung der Untersuchungen hat wohl dann doch zu einem Umdenken in der Verwaltung geführt. Gut so, meinen die Grünen, denn nur eine Photovoltaikanlage, die installiert und am Netz ist, spart wirklich Strom und hilft die Treibhausgasemissionen dauerhaft und effektiv zu reduzieren. Möglicherweise kann die Anlage sogar noch größer ausfallen, denn das Land NRW hat ein Förderprogramm von Photovoltaik-Dachanlagen auf kommunalen Gebäuden mit und ohne Batteriespeicher über 30 Millionen Euro aufgesetzt. Die Förderung liegt bei max. 70 Prozent je Anlage und 250.000 Euro je Kommune.

Sanierungsstau

Müssen Handballer des Pulheimer SC auf Wasserball umschulen?

Aktuell hat der Pulheimer SC mit seinen „Hornets“ eine erfolgreiche Handballabteilung. Jetzt besteht die Gefahr, dass die Handballer auf Wasserball umschulen müssen. Und zwar schneller, als man glauben möchte.

Viele Gebäude der Stadt Pulheim müssen seit langer Zeit repariert und renoviert werden. Das betrifft nicht nur Schulen und Kindergärten, sondern auch viele Sporthallen.

Ein eindrucksvolles Beispiel ist die Sporthalle des PSC „Am Sportzentrum“. Hier traten beim GWG Cup auch in diesem Jahr wieder hochkarätige Mannschaften aus der 4. und 5. höchsten Spielklasse des deutschen Hallenhandballs gegeneinander an. Draußen regnete es in Strömen. Und schon bald hatte das Wasser wieder einmal einen Weg durch die Decke in die Halle gefunden. Nicht zum ersten Mal!

Viele Wasserflecken an der Hallendecke sind stumme Zeugen der letzten Wassereinbrüche. Und wieder kam es, wie es kommen musste. Es regnete herein, glücklicherweise „nur“ im Bereich der Hallentribüne. Zugegebenermaßen auch keine Wassermassen, aber doch so viel, dass die Verantwortlichen einen Eimer unter die betreffende Stelle stellen mussten.

Nicht auszudenken, wenn die Undichtigkeit über dem Spielfeld und das Wasser auf die Spielfläche getropft wäre. Das Handballturnier hätte sofort beendet werden müssen, da die Verletzungsgefahr durch einen feuchten Boden extrem hoch ist.

Noch schwerwiegender wäre es, wenn dies im laufenden Saisonbetrieb passiert. Ganze Spieltage müssten ausfallen. Ja, vielleicht müsste die Halle sogar langfristig gesperrt werden. Die „Hornets“ könnten dann ja auf Wasserhandball umschulen. Dann ist es nicht so schlimm, wenn etwas mehr



Foto: A. Jungelblaut

Die marode Sporthalle „Am Sportzentrum“ in Pulheim

Wasser ins Becken läuft. Der Umbau zum Schwimmbad kann auch nicht viel teurer sein als die Sanierung der maroden Halle. Anders gesagt: Eine Sanierung ist eine wirtschaftlich völlig unsinnige Investition. Doch noch hält die Regierungsmehrheit aus CDU, FDP und WfP daran fest. Immerhin hat sie mittlerweile verstanden, dass ein provisorischer Neubau (für die Zeit der Sanierung der alten Halle) nicht sinnvoll ist. Der Neubau einer zusätzlichen Mehrfachhalle an der Peter-Kanters-Allee wird daher von den Grünen ausdrücklich unterstützt. Die Ausführung scheitert bisher aber – wie so häufig – an nicht besetzten Stellen in der Verwaltung. Zwar wurde im März 2022 der Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes gefasst, doch bis heute konnte er immer noch nicht zum Abschluss gebracht werden. Ohne einen gültigen Bebauungsplan und einer entsprechenden Baugenehmigung kann aber nicht mit dem dringend benötigten Neubau begonnen werden.

Klimaschutz

Wer braucht schon einen Klimabeirat?

Im Jahr 2017 wurde endlich das Klimaschutzkonzept für die Stadt beschlossen. Es enthielt weitreichende Maßnahmen, um Treibhausgasemissionen und CO₂-Emissionen zu reduzieren und den Energiebedarf zu senken. Bis heute liegt der Erfüllungsgrad gerade einmal bei ca. 30 Prozent. Nun soll auch noch der Klimabeirat abgeschafft werden.

Wenn es nach dem Willen von CDU, FDP und WfP gegangen wäre, dann wäre der Klimabeirat schon in der Ratssitzung am 12.09.2023 abgeschafft worden. Auch der Verwaltung ist der Beirat ein Dorn im Auge. Eine Reaktivierung des Klimabeirats sei überflüssig. Denn wir haben doch den Umweltausschuss. Da könne man doch über alles reden.

In der Tat sollte man jeglichen Aufwand vermeiden und jegliche Kosten reduzieren, die vermeidbar und unnützlich sind. Und in der Tat ist der Umweltausschuss derjenige Ausschuss, in dem letztlich notwendige Beschlüsse gefasst werden müssen.

Allerdings übersehen die Kritiker des Klimabeirats, dass dieser mit seiner Arbeit die Verwaltung entlastet und wichtige Impulse und Ideen gibt. Denn im Klimabeirat sind nicht nur Ratsmitglieder und Vertreter der Verwaltung. Im Klimabeirat finden sich eine Vielzahl von außerpolitischen Unternehmen und Institutionen, Akteuren und Fachleuten, die sonst nicht zu Gehör kommen.

Der Klimabeirat fungiert so auch als internes und externes Bindeglied zwischen allen beteiligten Akteuren. Das war seinerzeit auch so beschlossen worden. Denn in der Vorlage zum Beschluss des Klimaschutzkonzepts hieß es ausdrücklich: „Die politische Verankerung soll durch eine Prozessbeglei-



Foto: A. Jungelblaut

Wenn das Rathaus von innen nur so grün wäre wie von außen.

Der Klimabeirat sollte sichergestellt werden. Dieser fungiert als Verbindungsstelle zu internen und externen Akteuren.“ (Vorlage Nr. 193/2017)

Außerdem geht der Klimabeirat einer Vielzahl von kleinteiligen Einzelfragen nach, die in einem Umweltausschuss gar nicht abgearbeitet werden könnten.

Gleichwohl sollte der Klimabeirat aber nicht mehr aktiviert werden, was dazu führte, dass sich am 12.09.2023 in der Ratssitzung die Frage aufkam, ob der Stadt dann nicht möglicherweise Fördergelder nachträglich gestrichen werden, die dann zurückgezahlt werden müssen.

Das soll nun geprüft werden.

Mitglied werden



EINE TÜTE BUNTES
 Dein Stoffladen mit Nähschule in Pulheim
 Escher Straße 95 - 50259 Pulheim
 ☎ 0176-70960395 📷 einetuebuntes

Verkauf und Reparaturannahme von Maschinen

